Verbände und NGOs

BNE-Charta 2013

Der Dachverband der Schweizer Lehrerinnen und Lehrer (LCH), der Verband Schulleiterinnen und Schulleiter Schweiz (VSLCH) und die Schweizerische Konferenz der Rektorinnen und Rektoren der Pädagogischen Hochschulen (cohep) haben in einer gemeinsamen Charta einen Beitrag zur Debatte «Lehrplan 21» und «Bildung für Nachhaltige Entwicklung» (BNE) festgehalten. In fünf Punkten schreiben die Organisationen:

Erstens muss neben dem Fachunterricht auch Platz für fächerübergreifende Herangehens- und Denkweisen geboten werden. Zweitens muss diese Überfachlichkeit Hand in Hand gehen mit der Förderung von geeigneten Kompetenzen. Drittens müssen Schulen den SchülerInnen helfen, aktiv zu einer nachhaltigen Entwicklung beizutragen. Viertens soll Nachhaltigkeit in den Schulen erlernbar sein. Und fünftens sollen die im Lehrplan 21 formulierten Bildungsziele und Wertorientierungen im Sine einer BNE sein.

Die Charta wird von den entsprechenden Verbänden aus der Romandie unterstützt.

- Beat W. Zemp, LCH, Zentralpräsident, T 044 215 54 54
- Bernard Gertsch, CSLCH, Präsident, T 056 09 90
- Johannes Flury, COHEP, Präsident, T 081 354 03 02

VSS: Reaktion zum Entscheid der WBK-NR

Der Verband der Schweizer Studierendenschaften (VSS) begrüsst den Entscheid der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrates (WBK-NR, vgl. S. 11), den indirekten Gegenvorschlag des Bundesrates zur Stipendieninitiative des VSS im Sinne einer materiellen Harmonisierung zu ergänzen. Jedoch bedauert der VSS, dass die WBK-NR die Harmonisierung im Stipendienwesen weiterhin den Kantonen überlässt, obwohl die schweizerische Bildungslandschaft längst nicht mehr an den Kantonsgrenzen halt macht. Hier fordert der VSS den Nationalrat auf zu korrigieren und die Harmonisierung auch finanziell ausreichend und langfristig abzustützen.

- VSS, T 031 382 11 71

VSS: Studierende unter der Guillotine?

Der Verband der Schweizer Studierendenschaften (VSS) und seine Sektionen nehmen die ersten Reaktionen der europäischen Kommission auf das Resultat der jüngsten Abstimmung über die Personenfreizügigkeit besorgt zur Kenntnis (vgl. S. 2). Ungefähr 2600 Schweizer Studierende konnten in den Jahren 2011-2012 vom Erasmus Austauschprogramm profitieren und internationale Erfahrungen sammeln. Auch die Schweiz beherbergte etwa 2900 ausländische Studierende und schuf damit eine offene und internationale Atmosphäre an den Schweizer Hochschulen, schreibt der VSS. Die drohende Nichtweiterführung dieser Verträge schaffe ein Klima der Unsicherheit

unter den Studierenden. Daher fordern der VSS und seine Sektionen den Bund und die europäische Staatengemeinschaft auf, alles zu unternehmen um Bildung und Forschung vor den Auswirkungen der Abstimmung vom 9. Februar 2014 zu schützen. Die Zugehörigkeit der Schweiz zum europäischen Hochschulraum müsse unbedingt gesichert sein.

➲ VSS, T 031 382 11 71

SGB: Trotz positivem Trend noch einige Baustellen

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) zog am 5. Februar 2014 nach 10 Jahren Bilanz zum Berufsbildungsgesetz (BBG). Die Berufsbildung habe sich insgesamt erfreulich entwickelt, es gäbe heute wieder mehr Lehrstellen als vor 15 Jahren. Allerdings ortet der SGB auch Herausforderungen: So werde der Schutz der jugendlichen Lehrlinge in der Berufsbildung vernachlässigt. Auch das Paradox, dass die Zahl der Jugendlichen, die auf einen Ausbildungsplatz warten gleich hoch bliebe, gleichzeitig die Zahl der nicht besetzten Lehrstellen ansteige, zeige Verbesserungspotential auf. Weitere Herausforderungen zeigen sich bei Erwachsenen, die später den dualen Bildungsweg wählen: Konzeption und Umsetzung der Ausbildungswege für Erwachsene seien mangelhaft.

Ebenfalls notwendig seien Reformen der höheren Berufsbildung, schreibt der Gewerkschaftsbund. Ihre Bedeutung sei während der Erarbeitung des neuen BBG unterschätzt worden. Das habe zu einer deutlichen Benachteiligung der Berufsleute gegenüber den Akademikern geführt. Der SGB plädiert deshalb für eine grundlegende Systemreform: Arbeitnehmende, die sich auf eine Berufsprüfung oder höhere Fachprüfung vorbereiten, sollen für ihre Aufwendungen vom Bund unterstützt werden können. Dafür brauche es eine markante Erhöhung der Kostenbeteiligung der öffentlichen Hand in Form einer direkten Rückvergütung der Kursgebühren.

➲ Véronique Polito, SGB, Zentralsekretärin, T 031 377 01 23

Economiesuisse: Vorschnelle Reaktionen der EU nicht zielführend

Der Wirtschaftsdachverband economiesuisse bedauert die vorschnelle Reaktionen der Europäischen Union (EU), die Abkommen «Erasmus+» und «Horizon 2020» infolge der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative (vgl. S. 2) zu sistieren. Der Ausschluss der Schweiz aus dem weltweit grössten Forschungsprogramm «Horizon 2020» sei von grosser Tragweite, da Schweizer Forschungsstätten sowie viele Unternehmen von dieser Zusammenarbeit stark profitiert hätten. Durch Sistierung von «Erasmus+» können Schweizer Studenten nicht mehr unkompliziert und unbürokratisch im europäischen Ausland ein Austauschsemester absolvieren. Diese vorschnellen Massnahmen der EU seien nicht der richtige Weg um mittelfristig eine Lösung des entstandenen Problems zu finden.

➲ Jan Atteslander, economiesuisse, Mitglied der Geschäftsleitung, T 044 421 35 35